

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
8. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan
am Mittwoch, dem 17.02.2016 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
18:45

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
AM Karl-Ernst Dörfler
AM Wolfgang Goeken
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Simone Kunkel-Grätz
AM Michael Schneider
AM Ilkay Solmaz
Stv. Jörg Dürr

WLH-Fraktion

Stv. Achim Metzger
Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Elke Zerhusen-Elker
Stv. Jochen Sack

FDP-Fraktion

AM Eva-Lotta Dahmann

AfD-Fraktion

AM Monika Birk

Schriftführer

VA Elena Kohlhaas

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

Bürgermeister Dr. Bettina Warnecke
1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
StOVR Udo Thal

Gäste

Herr Jürgen Lenz
Frau Gabi Bongard
Herr Dieter Smolka

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:00 Uhr die 8. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Nach TOP 7 wird eingeführt TOP 7.1 ‚Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der ‚Kleiderkammer Haan‘ Antrag SKFM Haan e.V. vom 11.02.2016‘ als Tischvorlage.

Öffentliche Sitzung

1./ Bericht des Senior(inn)enbeirates der Stadt Haan

Protokoll:

Herr Sattler berichtet über die gute Zusammenarbeit zwischen dem Senior(inn)enbeirat, der Verwaltung und den Behindertenbeauftragten und erklärt, dass Flyer der ‚netten Toilette‘ verteilt werden. Er bittet im Sozial- und Integrationsausschuss um Beschlussempfehlung einer Neuauflage der Seniorenbrochure und Mitteilung an den Rat. Bereits in 2012 wurde ein Beschluss über die Erstellung einer solchen Seniorenbrochure zugestimmt, die keinerlei Kosten für die Stadt Haan bedeutete. Weiter wird zu Protokoll gegeben, dass die Firma Marotrans als Sponsor einer neuen Bank in Haan zu benennen ist.

Stv. Lukat berichtet davon, dass das Parken auf dem Gehweg in Haan ein großes Problem darstelle; besonders für ältere Bürger und Menschen mit Behinderung. Hierzu soll es mehrfach Hinweise gegeben haben, welche leider bislang unberücksichtigt wurden. Das Ordnungsamt wurde eingeschaltet und auch tätig, jedoch ohne Erfolg.

Der Sozial- und Integrationsausschuss stimmt einvernehmlich der Erstellung einer für die Stadt Haan kostenfreien, werbefinanzierten Seniorenbrochure zu.

2./ Ehrenamtskoordination - Mündlicher Bericht

Protokoll:

Frau Bongard weist auf die regelmäßigen 14-tägigen Sprechstunden sowie die Auffälligkeit des Anstiegs an Zahlen von Menschen mit Behinderung.

1. Bgo. Formella spricht ihren Dank an das Gebäudemanagement aus im Bezug auf das Rockwell-Gebäude. Einige Zimmer konnten barrierefrei hergerichtet werden.

Stv. Lukat erfragt aktuelle Fallzahlen von Menschen mit Behinderung aus dem Flüchtlingsbereich und ob es eine Prioritätenliste zu der Thematik ‚Barrierefreiheit‘ gibt. Ebenso erfragt sie, ob das Budget ‚Maßnahmen Barrierefreiheit‘ für das Jahr 2015 vollständig aufgebraucht wurden.

Herr Smolka erklärt, dass keine Fallzahlen vorliegen. Es wurden für das Jahr 2015 18.000€ für die ‚Barrierefreiheit‘ zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2016 wurden 30.000€ beantragt, die noch durch den Rat mit Haushaltsbeschluss zu bewilligen sind.

3./ 1. Seniorenbericht / Senior(inn)enbeirat der Stadt Haan **Vorlage: 51/107/2016**

Protokoll:

Die Verwaltung möchte Transparenz schaffen, wenn es um die Frage geht: Wie sehen die Ziele aus. Hierzu sei auf Unterstützung der verschiedenen Prozesse und eine schneller Umsetzung von Projekten zu verweisen. Seit dem 04.01.2016 habe die Stadt Haan Unterstützung durch Herrn Christian Schild als Ehrenamtskoordinator erhalten. Es solle hierdurch eine bestmögliche Vernetzung sowohl nach innen als auch nach außen entstehen durch aktives Tun und Handeln. Die neue ‚Ehrenamts-Homepage‘ ist ein guter Start.

Wichtig aber auch diffizil sei, was der Arbeitsmarkt hergebe unter Berücksichtigung und Rücksprache mit dem Ausländeramt, Mittelständlern, Firmen und anderen Institutionen. Wichtig sei auch zu benennen, dass den Flüchtlingen u.a. Sportmöglichkeiten angeboten werden als mögliche Freizeitgestaltung. Es wird die Bitte ausgesprochen, dies im Frühjahr an die Vereine, Verbände und Ehrenamtler weiterzugeben.

Stv. Lukat erkundigt sich nach der Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und der aktuellen Betreuungssituation.

Die Verwaltung erklärt, dass es derzeit 7 Personen gäbe, die u.a. in einem von einem Jugendhilfeträger angemieteten Wohnhaus an der Alleestraße im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden.

4./ Bericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Haan

Protokoll:

Herr Sattler erinnert an die Bitte zur Empfehlung der neuen Seniorenbrochure, so dass das Projekt zeitnah gestartet werden kann.

Stv. Stracke zeigt auf, dass Sozialdaten für politische Planungsprozesse generell vorgelegt werden müssten.

Herr Lenz erklärt, dass der Kreis Mettmann in 2015 Daten erhoben habe und diese in Bearbeitung seien. Sobald die Daten und Analysen ausgewertet sind, könne man sie vorlegen. Dieser Prozess sollte möglichst alle 3 Jahren wiederholt werden.

Die Verwaltung erläutert, dass der Wohnungsbau (auch der sozialgeförderte) die Bildung eines internen Arbeitskreises erfordert. Neben den baurechtlichen Standortfragen in Verbindung mit den Bedarfen, stellt sich die Frage, wie die Realisierung mit

den aktuellen Förderprogrammen aussieht.

Stv. Wetterau gibt an, dass Empfehlungen und Handlungsfelder als wichtig empfunden werden mit vorheriger Prioritätenliste. Die Erfolge hätten im Seniorenbericht deutlich mehr zur Sprache kommen können. Er halte es für angebracht eine Stelle für Seniorenbelange zu erschaffen und bittet die Verwaltung darum zu schauen, ob intern organisatorisch etwas zusammengelegt werden könne.

Stv. Lukat hält es ebenfalls für angebracht eine Empfehlung nach Beratung vorzunehmen. Auf Sicherheitsbelange soll noch mehr als benannt Rücksicht genommen werden. Es waren in der Vergangenheit Stellenanteile für den Senior(inn)enbeirat von 0,3 angegeben.

1. Bgo. Formella verdeutlicht die aktuelle Situation, die Vollzeitbeschäftigte nehme 0,2 Stellenanteile Wohngeld, 0,2 Stellenanteile Senior(inn)enbeirat, 0,5 Stellenanteile UVG und 0,1 Stellenanteil Integration wahr. Die Aufgabenerledigung wurde demnach reduziert.

Stv. Sack erklärt, es gäbe viele Handlungsempfehlungen ohne Prioritätenliste, diese habe die Politik festzulegen. Sofern keine ausreichend besetzte und gebündelte Stelle innerhalb der Verwaltung geschaffen werde, müssten die Bürger weiterhin von Stelle zu Stelle laufen.

Stv. Stracke schlägt vor, bei der weiteren Entwicklung Außenwirkende mit einzubeziehen, wie zum Beispiel die Bertelsmann-Stiftung.

Herr Sattler benennt die große Problemstellung der Senioren. Es wurde bewusst keine Prioritätenliste aufgezeigt, der Bericht gäbe Anregung. Er erläutert, dass eine Vollzeitstelle innerhalb der Verwaltung von großer Bedeutung sei. Es ginge hierbei nicht um Marketing, sondern um Klärung aller Belange von Senioren und als Anlaufstelle. Er schlage vor, im ersten Halbjahr 2016 ein Zusammentreffen zwischen Senior(inn)enbeirat und Verwaltung zu ermöglichen, damit für den Haushalt 2017 und die Haushaltsplanberatungen die Stelle konkretisieren werde.

Stv. Wetterau schlägt vor, Unterstützung aus anderen Städten heranzuziehen mit deren Angeboten. Er heißt zudem die interkulturelle Zusammenarbeit gut.

Stv. Lukat merkt an, dass bislang einiges mit Hilfe von geringem Mitteleinsatz erreicht wurde. Durch die stetig ansteigenden Zahlen von älteren Mitbürgern sei dies langfristig aber nicht mehr möglich. Sie setze die Hoffnung darauf, dass ein entsprechender Antrag für eine Vollzeitstelle innerhalb der Verwaltung für die Haushaltsberatung 2017 vorgelegt wird. Sie erbittet zudem das Ergebnis der Quartiersentwicklung und Vorschlag der Verwaltung zur Umsetzung als Vorlage in weitere Ausschüsse gegeben wird.

Bürgermeisterin Frau Dr. Warnecke gibt zu Protokoll, dass laut Aussage des Senior(inn)enbeirates ein Stellenanteil von 0,2 zu gering sei und dem Vorschlag der möglichen Vollzeitstelle für 2017 nachgegangen werden könne.

Stv. Stracke schlägt eine Sondersitzung des Sozial- und Integrationsausschusses

nach den derzeitigen Haushaltplanberatungen vor, zu welcher über diese Thematik weiter eingegangen werden könne.

Stv. Wetterau erhofft sich hierdurch einen Kristallisationspunkt innerhalb der Verwaltung.

Stv. Kunkel-Grätz schlägt eine Zusammenführung aller Stellen vor, die mit Seniorenbelangen beschäftigt sind. Sie hält einen Samstag als Sondersitzungstermin für angebracht.

5./ Auflösung der Notunterkunft des Landes in der Adlerstraße - Mündlicher Bericht

Protokoll:

Herr Lenz zeigt auf, dass der Hallenboden nach Entfernung der Schutzplatten in der Sporthalle gut aussehe und der 01.03.2016 ein seriöses Datum sei, um mit allen Nacharbeiten fertig zu sein. Es habe Anfang 2016 der letzte Belegungswechsel stattgefunden. Anfang Februar 2016 hätten alle Flüchtlinge die Notunterkunft verlassen, am 03.02.2016 sei die Notunterkunft als solche nicht mehr existent gewesen. Als weiterer Ablauf ist ein Gespräch mit der Bezirksregierung bezüglich des Abbaus vorgesehen. Die Übergabe an die Bürgermeisterin Frau Dr. Warnecke soll möglichst am 25.02.2016 erfolgen mit vorherigen Schönheitsreparaturen, sodass der Sportunterricht und Vereinsbetriebe möglichst am 01.03.2016 wieder aufgenommen werden kann. Er bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die Aufnahme seiner Person und die gute Zusammenarbeit.

Stv. Stracke spricht im Namen des Sozial- und Integrationsausschusses Dank Herrn Lenz, Herrn Mauermann und seinem Team des THW's, sowie allen weiteren Akteuren aus.

6./ Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangswohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden) Vorlage: 51/101/2015/1

Protokoll:

1. Bgo. Formella erläutert, dass die Vorlage von der letzten Tagesordnung genommen wurde wegen der Veränderung der Sicherheitslage und damit erhöhtem Aufwand sowie dem sich hieraus ergebenden Einsatz an verschiedenen Standorten mit Sicherheitsdienst und dadurch erforderlicher neuer Entgeltbedarfskalkulation. Zu erwähnen sei, dass eine intensivere Betreuung durch den Security-Dienst auch an der Bachstraße nötig sei und weist in diesem Zusammenhang auf die Dringlichkeitsentscheidung zur Bachstraße hin.

Die Satzung sei von großer Bedeutung wegen der erhöhten Erstattungspauschale des Landes. Solange diese nicht beschlossen sei, erhalte die Stadt Haan diese Pauschale nicht. Daher bittet sie um Genehmigung.

AM Schneider äußert, die Formulierung in der Satzung in § 3 Abs. 5 Satz 2 (vorletzter Absatz, auch im Kontext mit § 3 Abs. 5 Nr. 2) sei aus seiner Sicht noch immer rechtlich bedenklich und erkenne keine Änderung. Er sähe hier drei mögliche belastende Rechtsfolgen in einem Bescheid.

1. Bgo. Formella führt aus, dass der o.g. Passus an das Rechtsamt weitergegeben wurde zur Prüfung und sich hieraus keine Bedenken ergeben hätten.

Stv. Wetterau stellt fest, dass die Kalkulationen zu Anlage 1 Abweichungen ausweisen und die Gesamtsummen nicht übereinstimmen. Hierzu sagt die Verwaltung interne Prüfung zu.

AM Schneider stimmt der Satzung nur unter Vorbehalt zu, dass das Rechtsamt zu der o.g. Problematik rechtliche Stellungnahme abgibt. Er gibt zu Protokoll, dass die Anordnung der sofortigen Vollziehung das Problem sei.

Beschluss:

1. Die in Anlage 1 zu dieser Vorlage vorgelegte **Entgeltbedarfsberechnung zur Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangwohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden)** wird beschlossen vorbehaltlich der Klärung der Zahlen auf Seite 1 (verschiedene Abschlussergebnisse).
2. Die **Satzung der Stadt Haan über die Errichtung, Unterhaltung und Benutzung der Unterkünfte für ausländische Flüchtlinge, Obdachlose und Spätaussiedler (Übergangwohnheime und Einzelwohnungen in Wohngebäuden)** in der Fassung der Anlage 2 wird beschlossen vorbehaltlich der Klärung zu § 3 Abs. 2, vorletzter Absatz, durch die Verwaltung, ob auf die sofortige Vollziehung verzichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7./ Kosten der Integration aus Zuwanderung - Antrag der WLH-Fraktion vom 31.01.2016

Protokoll:

Die Verwaltung erklärt, dass es keine Haushaltsmittel außer für Sprachkurse gebe und dringend mehr Geld benötigt werde.

Stv. Lukat erbittet um Nachlieferung der Zahlen für das Protokoll, sodass ein besserer Überblick geschaffen wird.

Die Verwaltung sagt einer künftigen Dauerberichterstattung aller Zahlen und Fakten zu.

7.1. Betriebskostenzuschuss für den Betrieb der "Kleiderkammer Haan" / - hier: Antrag SKFM Haan e.V. vom 11.02.2016

Protokoll:

1. Bgo. Formella macht deutlich, sofern keine zusätzliche Mittel zur Abdeckung der Kosten zur Verfügung gestellt würden, sei diese Leistung / dieses Angebot, hierüber erfolge eine Entlastung der Stadt Haan, gefährdet.

Beschluss:

Dem Antrag des SKFM Haan e.V. vom 11.02.2016 als Träger der Kleiderkammer Haan auf einen jährlichen Betriebskostenzuschuss für die Kleiderkammer Haan in Höhe von 15.500 € wird – unter Berücksichtigung des Ratsbeschlusses vom 08.09.2015 und des im Haushalt 2016 eingeplanten Zuschusses von 7.000 € - zugestimmt.

Die mit Ratsbeschluss vom 08.09.2016 erfolgte Bindung an die Räumlichkeit in der Martin-Luther-Str. wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8./ Anfragen

Protokoll:

AM Schneider erklärt, dass ihm der angesetzte Wert des Kreises Mettmann für die Kosten der Unterkunft mit 5,50 €/qm im SGB II- und SGB XII-Bereich nach wie vor Sorgen bereite. Er lobt an dieser Stelle die Arbeit der Kolleginnen im SGB XII-Bereich für die individuelle Einzelfallprüfung der o.g. Kosten. Er erfragt, ob den Kreisdezenten die damit einhergehende Problematik im SGB II- und SGB XII-Bereich bewusst sei.

1. Bgo. Formella wird dieses Thema mit in das nächste Treffen der Sozialdezernenten mitnehmen.

Stv. Lukat bemängelt die Auskunft über ihre gestellten Anträge zum Thema Notfallpraxis.

StOVR Thal gibt an, dass die Angelegenheit der Auflösung der Notfallpraxis von Herrn Rennert geprüft wurde. Es liegt hier keine Zuständigkeit der Stadt Haan vor. Der Rat könne jedoch ein Schreiben für die kassenärztliche Vereinigung auf den Weg bringen.

9./ Mitteilungen

- Dringlichkeitsentscheidung zur Mittelbereitstellung von Aufwendungen für den Einsatz eines Sicherheitsunternehmens im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung / Nachtbestreifung am Standort Bachstr. 64

Protokoll:

Die Verwaltung erklärt, dass an der Unterkunft an der Bachstraße zusätzlicher Sicherheitsdienst-Einsatz dringend auch wegen der Kita-Situation erforderlich sei. Die entsprechenden Vergaben unter Beteiligung des RPA sind in der Umsetzung, sowie die Verfahren zur Mittelbereitstellung. Dies betrifft auch die Standorte Rockwell und Landesfinanzschule.